

## Kurzarbeit und Kündigungen bei Fremdfirmen im Werk: **Wie sicher sind unsere Jobs?**

1.500 Beschäftigte arbeiten in Marienfelde nun 22 oder 25 Stunden. Weitere 100 sind auf 12 und 15 Stunden herabgesetzt. Diese Kollegen bei V8 und V12 verlieren jeden Monat rund 250 Euro. Die anderen Kurzarbeiter sind mit rund 150 Euro dabei, um die Profite der Aktionäre zu retten. Doch vor allem beschäftigt viele Kolle-

gen: Wie geht es weiter? Welche Zukunft hat Marienfelde? Wie sicher ist mein Job?

Die Werkleitung mauert: Nicht einmal bei den versprochenen Ersatzarbeitsplätzen für die Tauschmontage (siehe Seite 3) wird eingehalten, was angekündigt wurde. Die Warnungen der *Alternative* wurden ignoriert. Ein Konzept ist nicht in Sicht.

Die *Alternative* fordert:

☞ Die Aufstockung von Daimler ist völlig unzureichend (siehe Seite 4). **Ausgleich der Verluste durch die Kurzarbeit vom Daimler-Konzern zu 100%**. Die Verursacher der Krise sollen zahlen: Die Spekulanten, die Aktionäre und die Manager.

☞ Erhalt aller Arbeitsplätze: Umstellung der Autoindustrie auf die **30-Stunden-Woche bei vollem Lohn**. Verteilung der Arbeit auf alle.

☞ Verbindliche Planung des Konzerns für das Berliner Werk: Sicherstellung der Motorenproduktion auch nach dem OM642 mit zukunftsfähigen, zum Beispiel kleineren Motoren

○ **Takte rauf**, menschengerechte Arbeitsplätze!



# Mercedes-Benz

### **23,5 Milliarden für Aktienbesitzer, Kurzarbeit für uns**

Kommentar von **Mustafa Efe, Betriebsrat\* und Vertrauensmann**

Die 30 größten Aktienkonzerne Deutschlands planen, dieses Jahr 23,5 Milliarden Euro an die Aktionäre auszuschütten. Trotz Krise. Nach Schätzungen des Handelsblatts sollen die Aktionäre bei Daimler knapp 1 Milliarde Euro erhalten!

Die Kaufkraft unserer Löhne sank schon in den letzten Jahren. Jetzt werden sie um bis zu 10 Prozent durch die Kurzarbeit verringert!

Ältere Kollegen sollen aus dem

Werk gedrängt werden: Mit einer Ausscheidungsvereinbarung soll eine Frühpensionierung durchgeführt werden. Statt in Würde einer sinnvollen Tätigkeit nachgehen zu können, will man sie aus den Personalkosten entfernen. Aber menschenwürdig sind die Arbeitsplätze im Werk, zum Beispiel im Bau 70 Montage, ja auch nicht. Viele Kollegen sind froh darüber, die krank machende Arbeit durch Kurzarbeit reduzieren zu können. Das zeigt, wie nötig

Arbeitszeitverkürzung ist, wie zum Beispiel die 30-Stunden-Woche.

Wir können uns trotzdem einen Lohnverlust von 150 bis 250 Euro jeden Monat durch die Kurzarbeit nicht leisten! **Lasst uns gemeinsam für den Erhalt der Jobs, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfen! Wir zahlen nicht für die Krise.**

\* dient der Kenntlichmachung der Person



*Gegenmacht aufbauen:*

## Freistellung für Gewerkschaftsarbeit!

Bei Kurzarbeit, Lohnverlust und Ungewissheit über die Zukunft des Werkes in Berlin ist klar: **Wir brauchen eine schlagkräftige Gewerkschaft.** Die *Alternative* setzt darauf, dass möglichst viele Kollegen in der IG Metall aktiv werden. Nur so kann dort ein kämpferischerer Kurs durchgesetzt werden. **Um schlagkräftiger werden zu können, fordern wir außerdem, dass Vertrauensleutetätigkeit in der Arbeitszeit erledigt werden kann.**

Seit einigen Jahren schon ist der Vorsitzende unserer IG-Metall-Vertrauensleute in Marienfelde von seiner Arbeit freigestellt. Der Kollege, einige werden ihn kennen, kann also seine gesamte Zeit für den Aufbau gewerkschaftlicher Gegenmacht im Betrieb verwenden. Als Werkzeugmacher muss er nicht mehr malochen und das Gehalt ist pünktlich auf dem Konto. So weit – so gut.

Gemeinsam sollten wir aber durchsetzen, dass alle Vertrauensleute das Recht haben, diese für die Kollegen wichtige Arbeit, zum Beispiel Vertrauensleute-Sitzungen, während der Arbeitszeit auszuüben.

Das Problem ist, dass der Arbeitgeber bisher scheinbar willkürlich festlegt, ob er einen VK-Leiter freistellt. Welchen Kollegen gewährt er dieses Privileg und warum? Würden auch kämpferische und kritische Vertrauensleute diese Vorzugsbehandlung erhalten?

An die Stelle von Willkür muss eine transparente Betriebsvereinbarung treten, die regelt, dass VK-Leiter freigestellt werden. Betriebsräte und IG Metall sollten durchsetzen, dass Vertrauensleutesitzungen in der Arbeitszeit statt finden.

## Datenschutz bei Kranken durch Daimler verletzt Rechte der Belegschaft gestärkt

Nach Angaben des baden-württembergischen Innenministeriums erteilte die „Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich“ dem Daimler-Konzern eine Rüge.

Aus der Pressemitteilung des Innenministeriums: ● „Die Daimler AG hat im Zuge der Rückkehrgespräche wegen auffälliger Fehlzeiten zum Teil Daten erhoben, die sie nicht hätte erheben dürfen, beispielsweise konkrete Krankheitsdiagnosen und Befunde“ ● „An der Erörterung der Einzelfälle am 'Runden Tisch' nahmen mitunter Personen teil, die nach Auffassung der Aufsichtsbehörde im Einzelfall nicht oder nur zeitweise hätten teilnehmen dürfen“ ● „Auch hat die Daimler AG mitunter sensible Daten der Betroffenen (z.B. aus dem rein privaten Bereich)

ohne zwingenden Grund [...] eingebracht.“

Der Konzern versucht die Situation herunter zu spielen und redet von Einzelfällen. Doch Tom Adler, Betriebsrat aus dem Werk Untertürkheim, sagt dazu: „Die Verletzung von Persönlichkeitsrechten wurde systematisch und von oben organisiert und betrieben von Einzelfällen und rechtlichen Grauzonen kann also überhaupt keine Rede sein. Diese Maßnahmen sind schlicht ein Bestandteil des Programms zur Kostensenkung.“

Die *Alternative* fordert als Gesundheitsschutz die menschengerechte Umgestaltung der Arbeitsplätze zum Beispiel in Bau 70, Montage. Schluss mit den Krankenrückkehrgesprächen! Der Betriebsrat hätte sie per Mehrheitsbeschluss längst beenden können.



## Zur Debatte: Wie die Jobs retten?

Im Bankenbereich wird gerade vorgemacht, was alles möglich ist, um einen Zusammenbruch zu verhindern: Finanzinstitute werden mit Milliarden gestützt und verstaatlicht. Bisher dient dies nur der Sicherung der Reichen und Kapitalbesitzer. **Solche Maßnahmen müssen für den Erhalt unserer Arbeitsplätze und unseres Lebensstandards ergriffen werden!**

Die Autoindustrie wurde im Interesse der Steigerung der Profite an die Wand gefahren. Unter Kontrolle der Belegschaften und demokratisch organisiert muss ein Ausweg geplant werden. Wenn die Commerzbank verstaatlicht werden kann, dann auch Daimler. Wenn der Staat Bankenbesitzer retten kann, dann ist offensichtlich: **Die Gelder sind da! Wir sollten sie für uns fordern!**



### Schluss mit dem Geschiebe!

Immer wieder werden Kollegen, zum Beispiel aktuell aus Bau 70, Fertigung und Montage, vom Meister auf Verleihbasis in andere Bereiche geschickt. Das geht zwischen verschiedenen Bereichen in kurzer Zeit hin und her. Die Folge für die Betroffenen: Sie werden nicht qualifiziert. Sie werden wie vorübergehende Arbeitskräfte behandelt. **Das ist ein unzumutbarer Zustand von Unsicherheit und Willkür. Kritische oder unliebsame Kollegen scheinen als erste davon betroffen zu sein.**

Die rechtliche Lage: Ein dauerhafter Einsatz in einem anderen Bereich ist vom ersten Tag an eine Versetzung. Der Betriebsrat muss zustimmen. Damit soll Nasenpolitik, Leistungsverdichtung und die Benachteiligung von Kollegen verhindert werden. 30 Monate lang ist die Vergütung auch nach einer Versetzung garantiert. Ein kurzfristiges „Verleihen“ von Kollegen ist nur für 4 Wochen möglich.

**Wir fordern den Betriebsrat auf, seiner Kontroll-Pflicht nachzukommen.**

### Tauschmontage

#### Erhalt der Arbeitsplätze!

**Mehr als 200 Arbeitsplätze sollen durch die Verlagerung der Tauschmontage in Berlin wegfallen.** Bei der letzten Betriebsversammlung übergab Betriebsratsmitglied Efe die schriftlichen Beschwerden von über 90 Kollegen aus der Tauschmontage. **Gefordert wurde der sofortige Stopp der Verlagerung nach Mannheim.** Die Kollegen glauben nicht mehr an die versprochenen gut gestalteten und gleichwertigen Ersatzarbeitsplätze. Beim heutigen Stand gibt es nur 35 der angekündigten Ausgleichsjobs geschaffen.

Ute Hass, die BR-Vorsitzende, versprach zwar, man werde der Sache nachgehen. Doch seither – immerhin 2 Monate – haben die Kollegen nichts mehr von ihr gehört. Viele fühlen sich an den Umgang des Betriebsrats mit ERA erinnert, als die Betriebsratsmehrheit abtauchte und dem Arbeitgeber freie Hand zum Lohnraub ließ.

**Die „Alternative“ fordert den Betriebsrat auf, die Einigungsstelle anzurufen.** Sollte dieser Weg scheitern müssen weitere Proteste organisiert werden.

### Vorholtage

Der Arbeitgeber will zwischen Weihnachten und Neujahr 09 schließen. Diese Tage zwischen den Jahren wurden in den letzten Jahre durch Vorarbeit hereingeholt. Zum Beispiel wurde samstags gearbeitet. Da es sich dann um Vorholtage handelte war die Samstags-Arbeit Zuschlagsfrei. Statt dessen können an diesen Tagen auch einfach Gleittage oder Mehrarbeit abgefeiert werden.

Leider hat der Betriebsrat Anfang Februar erneut der für die Kollegen schlechteren Regelung zugestimmt. Dieses Jahr ist das besonders paradox: Ein Teil hat Kurzarbeit und wird vom Staat finanziert. Ein anderer Teil soll gleichzeitig Vorholtage reinarbeiten.



### Erneut weniger Ausbildungsplätze?

Erneut will der Konzern in Marienfelde die Zahl der Auszubildenden absenken. Waren es vor zwei Jahren noch 60 und letztes Jahr rund 50, so sollen jetzt nur noch 40 Jugendliche eine Zukunftsperspektive bei Daimler Marienfelde erhalten.

Wir fordern eine Ausbildungsquote von 10%: Das heißt bei einer Belegschaft von 3000 KollegInnen müssen 300 Jugendliche – das sind dann 100 pro Jahrgang – eine Chance auf eine zukunftsfähige Qualifizierung erhalten.

## Leserbriefe

**In letzter Zeit bekam die Alternative viel Post mit Hinweisen auf Probleme im Werk. Einige Beispiele:**

Ein Kollege beschwerte sich über die Öffnungszeiten unserer Kita: „*Es wurde wohl verpennt, dass die Arbeiter des Werkes Berlin um 6 Uhr mit der Arbeit anfangen! Die Kita hat aber erst ab 7 Uhr geöffnet. Gut für die Angestellten - der Arbeiter schaut in die Röhre.*“

Ein anderer Kollege schreibt: „*Im Bereich Instandhaltung hat der BR endlich mal gegen den*

*Raubbau entschieden und den beantragten Absageschichten nicht zugestimmt. Keine 24 Stunden später sind die Ablehnungsgründe unverändert aber die Anzahl der Absageschichten doppelt so hoch. Kein Wunder, dass Daimler mit diesen Interessensverdrehern spielt und alle seine Wünsche erfüllt bekommt.*“

Weiter Zuschriften bitte an [alternative\\_metaller@yahoo.de](mailto:alternative_metaller@yahoo.de) oder Adresse siehe Rückseite



## ALTERNATIVE

Wir, die Herausgeber der Alternative, sind Kolleginnen, Kollegen und Vertrauensleute des Mercedes-Benz-Werk Berlin in Marienfelde. Wir wollen Euch monatlich unzensuriert informieren. Wir sind überparteilich aber parteiisch auf Seiten der Kollegen: Wir wollen die Interessen der Beschäftigten zur Geltung bringen und die Solidarität in der Belegschaft stärken.

Dazu sind wir darauf angewiesen, Hinweise, Infos, Artikel von Euch, den Kolleginnen und Kollegen im Werk, zu erhalten. Sprecht uns direkt an oder schickt sie an

[alternative\\_metaller@yahoo.de](mailto:alternative_metaller@yahoo.de)

Zuschriften behandeln wir auf Wunsch selbstverständlich auch anonym und vertraulich.



Infos, ViSdP & Kontakt über Stephan Kimmerle, Friedrichsberger Str. 4, 10243 Berlin



Im Internet findet Ihr Infos rund um gewerkschaftliche und betrieblichen Widerstand bei [www.labournet.de](http://www.labournet.de) und unsere Veröffentlichungen sowie weitere Infos zu Daimler Berlin unter [www.labournet.de/branchen/auto/dc/berlin](http://www.labournet.de/branchen/auto/dc/berlin)

## Kurzarbeitergeld und 'Daimler-Aufstockung':

# Wieviel bekomme ich?



Seit einem Monat gibt es Kurzarbeit im Werk. Noch immer ist unklar, wieviel man am Ende raus bekommt. **Die Alternative fordert den Konzern auf, eine individuelle Information für die Betroffenen zu erstellen.**

Klar ist allerdings, dass das vollmundige und pressewirksame Eigenlob der Aufstockung durch Daimler für viele ein Witz bleiben wird. Großspurig wurde der Eindruck vermittelt: Wenn es Kurzarbeitergeld von 60 oder 67 Prozent vom Arbeitsamt gibt, dann legt Daimler den Rest auf 90 Prozent drauf. Doch Daimler zahlt nur, falls

das monatliche Netto-Einkommen unter den Durchschnitt von 90 Prozent der letzten 3 Monate fällt. Für die 1.500 Kolleginnen und Kollegen in Marienfelde, die 22 oder 25 Stunden pro Woche arbeiten, zahlt Daimler nichts oder wenig, wie unsere Modellrechnungen zeigen. Das sind ungefähre Berechnungen. Wir empfehlen: **Wendet Euch bei groben Abweichungen an einen Betriebsrat Eures Vertrauens oder an die IG Metall. Werdet auf jeden Fall mit uns aktiv, um für vollen Lohn zu kämpfen! Wir zahlen nicht für die Krise!**

## Verluste für 25-Stunden-Kurzarbeiter

Alles berechnet bei Lohnsteuerklasse 1, monatlich in Euro

Einkommen monatlich	Kinder	Netto bisher	Bei 25h pro Woche: Brutto von Daimler	Netto	Kurzarbeitergeld	Netto ohne Aufstockung	Daimler-Aufstockung	Netto-Verlust
3.500 Euro	0	2025	2500	1566	273	1840	0	-185
3.500 Euro	1	2042	2500	1581	305	1886	0	-156
3.000 Euro	0	1802	2143	1390	247	1637	0	-165
3.000 Euro	1	1818	2143	1403	276	1679	0	-140
2.500 Euro	0	1566	1786	1207	217	1423	0	-143
2.500 Euro	1	1581	1786	1222	242	1464	0	-117

## Verluste für 22-Stunden-Kurzarbeiter

Alles berechnet bei Lohnsteuerklasse 1, monatlich in Euro

Einkommen monatlich	Kinder	Netto bisher	Bei 22h pro Woche: Brutto von Daimler	Netto	Kurzarbeitergeld	Netto ohne Aufstockung	Daimler-Aufstockung	Netto-Verlust
3.500 Euro	0	2025	2200	1419	361	1780	42	-202
3.500 Euro	1	2042	2200	1432	404	1835	3	-204
3.000 Euro	0	1802	1886	1259	326	1585	37	-180
3.000 Euro	1	1818	1886	1273	364	1637	0	-181
2.500 Euro	0	1566	1571	1093	280	1373	37	-157
2.500 Euro	1	1581	1571	1105	313	1418	5	-158

# 7-Punkte-Programm der IG-Metall-Spitze

xx

## 28.3.: Bundesweite Demos in Berlin und Frankfurt

### Wir zahlen nicht für Eure Krise

Am 28. März finden zwei bundesweite Demonstrationen in Berlin und Frankfurt am Main statt. Ziel der Initiatoren aus Gewerkschaften, der Partei DIE LINKE und sozialen Bewegungen: **Protest gegen die Pläne von Regierung und Unternehmern, die Masse der Bevölkerung für die kapitalistische Krise bezahlen zu lassen.** Mit der Forderung nach einer Vermögenssteuer und der Vergesellschaftung der Banken soll deutlich werden, wer für die Krise zahlen soll: Diejenigen, die sie angerichtet haben. Im bisherigen Entwurf für einen gemeinsamen Aufruf wird die Einführung eines Mindestlohns, die Abschaffung von Hartz IV und ein massives Investitionsprogramm gefordert.

Leider unterstützen bisher nur Gewerkschaftsgliederungen wie ver.di Berlin und Baden-Württemberg die Demo und nicht der

gesamte DGB. Aber was noch nicht ist, dafür können wir ja noch sorgen.

Auf europäischer Ebene rufen die Gewerkschaften aber zu Demonstrationen am 16. Mai auf. In Deutschland soll eine Großdemonstration in Berlin durchgeführt werden.

Machen wir den 28. März so groß, dass der 16. Mai zum Auftakt dafür wird, endlich auch hier mit Regierung und Unternehmern französisch zu reden: Tous ensemble – alle gemeinsam. Wann organisiert der DGB einen Generalstreik gegen Arbeitsplatzvernichtung und Abwälzen der Krisenlasten auf die Beschäftigten?

**Also, vormerken im Kalender:**

**Sa, 28.3.:** „Wir zahlen nicht für Eure Krise“-Demo in Berlin

**1. Mai:** Internationaler Protesttag der Arbeiterbewegung

**Sa, 16.5.:** DGB-Demo in Berlin

